ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Wagner, Christian

Research Report

Indien als Regionalmacht und Chinas wachsender Einfluss in Südasien

SWP-Studie, No. S 21/2012

Provided in Cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Wagner, Christian (2012) : Indien als Regionalmacht und Chinas wachsender Einfluss in Südasien, SWP-Studie, No. S 21/2012, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/252814

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

SWP-Studie
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Christian Wagner

Indien als Regionalmacht und Chinas wachsender Einfluss in Südasien

S 21
Oktober 2012
Berlin

Alle Rechte vorbehalten.
Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Wissenschaft und Politik ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

SWP-Studien unterliegen einem Begutachtungsverfahren durch Fachkolleginnen und -kollegen und durch die Institutsleitung *(peer review)*. Sie geben ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren und Autorinnen wieder.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2012

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6372

Inhalt

5 **Problemstellung und Empfehlungen**

6 **Regionalmächte: Definition und Abgrenzung**

8 **Indiens Regionalmachtambitionen: Von der Sicherheit zum Markt**

10 **Regionalmachtambitionen, Nationsbildung und Chinas wachsender Einfluss**
10 Politik
10 *Pakistan*
11 *Sri Lanka*
13 *Bangladesch*
13 *Nepal*
14 Handel
15 Sicherheit

17 **Die Grenzen für Indiens Rolle als Regionalmacht**

18 **Abkürzungsverzeichnis**

Dr. habil. Christian Wagner ist Leiter der Forschungsgruppe Asien

Indien als Regionalmacht und Chinas wachsender Einfluss in Südasien

Seit seiner wirtschaftlichen Liberalisierung 1991 definiert Indien seine Rolle als Regionalmacht immer stärker wirtschafts- statt sicherheitspolitisch. Es sieht Südasien weniger als Teil seiner nationalen Sicherheit, sondern vor allem als Teil seiner wirtschaftlichen Entwicklung. Indien fördert deshalb regionale öffentliche Güter wie die Schaffung eines südasiatischen Marktes durch den Ausbau des regionalen Handels, um damit auch seinen Anspruch als Regionalmacht zu untermauern. Zugleich hat aber auch China seine politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zu Indiens Nachbarstaaten deutlich erweitert. Dies wirft die Frage auf, ob und inwieweit Indien noch als Regionalmacht in Südasien gelten kann.

Die Analyse zeigt, dass Chinas wachsendes Engagement in Südasien den indischen Regionalmachtambitionen enge Grenzen setzt. Mittlerweile hat China mindestens ebenso gute wirtschaftliche Beziehungen zu den Staaten Südasiens wie Indien; seine militärischen Kontakte sind zum Teil sogar um einiges besser. Allerdings verfolgt Peking vor allem nationale Interessen. Es gibt keine Ansätze seitens der chinesischen Regierung, einen Ordnungs- oder Vormachtanspruch für die Region zu formulieren. Der bilaterale Konflikt zwischen Indien und China überschattet aber teilweise auch ihre Beziehungen zu den Staaten Südasiens.

Deutsche und europäische Politik sollten sich der Grenzen indischer Regionalmachtambitionen in der südasiatischen Krisenregion gewahr werden. Die indische Demokratie mag ein Stabilitätsanker in der Region sein. Sie verfügt aber weder über den politischen Willen noch die außenpolitischen Instrumente, um zum Beispiel als Partner für deutsche und europäische Politik in Fragen von Krisen- und Konfliktbewältigung zu fungieren. In den Nachbarstaaten wird Indien als übermächtig empfunden und in vielen politischen Fragen noch immer eher »als Teil des Problems und nicht als Teil der Lösung« gesehen. Indien bemüht sich zwar durch einseitige Konzessionen gegenüber den umliegenden Ländern und den Ausbau der Infrastruktur, den Handel zu verbessern und einen südasiatischen Markt zu schaffen, doch ist China wirtschaftlich für die Nachbarstaaten ein mindestens ebenso attraktiver Partner.

Regionalmächte: Definition und Abgrenzung

Seit seiner Unabhängigkeit 1947 wird Indien als regionale Vormacht beziehungsweise als Hegemon in Südasien[1] wahrgenommen. Die auf den ersten Blick zu erkennende Asymmetrie mit den Nachbarstaaten aufgrund der territorialen und demographischen Größe, der militärischen Überlegenheit und des wirtschaftlichen Potentials scheinen Indien automatisch den Status einer Regionalmacht zu verleihen. Auf den zweiten Blick zeigt sich aber ein mangelndes politisches Vermögen Indiens, seine überlegenen wirtschaftlichen und militärischen Ressourcen zu nutzen, um seine außenpolitischen Interessen durchzusetzen.

Die Debatte über Regionalmächte oder regionale Vor- oder Führungsmächte hat sich in den letzten Jahren deutlich intensiviert.[2] Die wachsende Bedeutung der regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und die gleichzeitige Schwäche vieler Regionalorganisationen hat die Frage aufgeworfen, inwieweit einzelne Staaten angesichts ihrer überlegenen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Machtmittel öffentliche Güter in Regionen bereitstellen oder zur regionalen Krisen- und Konfliktbewältigung beitragen können. Darüber hinaus wird Regionalmächten eine wichtige Rolle im Kontext von Global-Governance-Institutionen zugeschrieben, in denen sie eine Art Vermittlerrolle zwischen der globalen und der regionalen Ebene einnehmen sollen.[3]

Ein Staat kann als Regionalmacht definiert werden, wenn er zum einen über eine den Nachbarstaaten überlegene Ressourcenausstattung verfügt (materielle Faktoren) und zum anderen den außenpolitischen Anspruch erhebt, eine Führungs- oder Vormachtrolle in einer Region zu spielen (ideelle Faktoren).[4] Materielle und ideelle Faktoren bedingen sich gegenseitig. Eine dominante Ressourcenausstattung allein ergibt ebenso wenig eine Regionalmacht wie ein rhetorischer Anspruch, der ohne materielle Basis formuliert wird.

Anders als in akademischen Debatten erfreuen sich Regionalmächte in der außenpolitischen Praxis keiner großen Beliebtheit. Die Regionalmachtansprüche von Regierungen finden im Normalfall kaum Akzeptanz und nur sporadisch Gefolgschaft bei Nachbarstaaten. So verwundert es nicht, dass viele selbsternannte Regionalmächte in erbitterter Konkurrenz zu Nachbarstaaten stehen, die ähnliche Ansprüche proklamieren.

Die Diskrepanz erklärt sich durch die unterschiedlichen Betrachtungsweisen. In wissenschaftlichen Diskussionen lassen sich Staaten gegenüber ihren Nachbarn relativ einfach als Regionalmacht klassifizieren, nämlich durch Faktoren wie politische Ideologie, Wirtschaftskraft und militärische Ausstattung. Solche Einteilungen finden aber nur vereinzelt ihre Entsprechung im außenpolitischen Verhalten, weil ein zentrales Merkmal von Macht, nämlich ihre Anerkennung, auf der Ebene der zwischenstaatlichen Beziehungen zumeist nicht gegeben ist.

Außenpolitisch begegnen sich Regierungen auf der (völkerrechtlichen) Ebene der souveränen Gleichheit. Dies bedeutet aber, dass der politisch formulierte Anspruch eines Nachbarstaates auf eine regionale Führungsposition kaum je geteilt wird, unabhängig davon, welche Ressourcen beide Staaten besitzen. Damit lassen sich Regionalmächte wissenschaftlich vergleichsweise einfach bestimmen, auch wenn ihr (erfolgreiches) Auftreten in der Staatenwelt recht selten ist.

Die Kluft zwischen der wissenschaftlichen Debatte und dem außenpolitischen Verhalten lässt sich teilweise überbrücken, indem man das Kriterium anlegt, ob und inwieweit ein Staat in der Lage ist, regionale öffentliche Güter bereitzustellen.[5] Das können in der Regel nur Staaten mit überlegener Ressourcenausstattung und entsprechendem politischem Anspruch.

1 Zu Südasien zählen Bangladesch, Bhutan, die Malediven, Nepal, Pakistan und Sri Lanka. Die Staaten sind in der South Asian Association for Regional Cooperation (SAARC) zusammengeschlossen. 2007 trat Afghanistan der SAARC bei.

2 Vgl. Jörg Husar/Günther Maihold/Stefan Mair (Hg.), *Neue Führungsmächte: Partner deutscher Außenpolitik?*, Baden-Baden 2008.

3 Vgl. Andrew Hurrell, »Regional Powers and the Global System from a Historical Perspective«, in: Daniel Flemes (Hg.), *Regional Leadership in the Global System. Ideas, Interests and Strategies of Regional Powers*, Farnham/Burlington 2010, S. 20f.

4 Vgl. Detlef Nolte, »How to Compare Regional Powers: Analytical Concepts and Research Topics«, in: *Review of International Studies*, 36 (2010) 4, S. 881–901.

5 Vgl. ebd.

Wenn öffentliche Güter, etwa die Herstellung von Sicherheit oder eines gemeinsamen Marktes, von den Nachbarstaaten angenommen und damit akzeptiert werden, lässt sich daraus auch eine faktische Anerkennung des Regionalmachtanspruchs ableiten. Allerdings ist nicht zu erwarten, dass die Akzeptanz (regionaler) öffentlicher Güter in einem Bereich wie Wirtschaft auch zu Gefolgschaft in anderen Politikfeldern wie Sicherheit führt.

Unabhängig von theoretischen Problemen und analytischen Fallstricken lassen sich mit Hilfe des Konzepts dennoch die Rolle Indiens als Regionalmacht und die wachsende Bedeutung Chinas in Südasien untersuchen. Im Folgenden werden zunächst die indischen Regionalmachtvorstellungen dargelegt. Anschließend wird das politische, ökonomische und militärische Engagement Indiens und Chinas in Pakistan, Bangladesch, Sri Lanka und Nepal in den Blick genommen.

Indiens Regionalmachtambitionen: Von der Sicherheit zum Markt

Indien hat seine Nachbarstaaten lange Zeit als Teil seiner nationalen Sicherheit und seiner strategischen Einflusszone verstanden. Von Beginn an stand die indische Südasienpolitik auch in einem Spannungsfeld mit den Beziehungen zu China. So sicherten die Freundschaftsverträge mit den Himalaja-Königreichen Bhutan, Sikkim und Nepal seit Ende der vierziger Jahre Indien eine Mitsprache bei deren innerer Entwicklung. Angesichts des anfänglich schwierigen Verhältnisses zu China hoffte die indische Regierung, auf diese Weise auch den chinesischen Einfluss zu begrenzen.

Indira Gandhis Südasien-Doktrin, der zufolge die Region einen Teil der nationalen Sicherheit Indiens darstellte, diente zwar in den siebziger und achtziger Jahren als konzeptionelle Grundlage für eine Reihe politischer und militärischer Interventionen in den Nachbarstaaten, brachte jedoch nicht die gewünschten Ergebnisse.[6] Trotz des militärischen Sieges über Pakistan 1971 gelang es Indira Gandhi in den nachfolgenden Friedensverhandlungen nicht, eine endgültige Lösung des Kaschmirkonflikts zugunsten Indiens zu erreichen. Obwohl Indien die Unabhängigkeit Bangladeschs durch seine militärische Intervention 1971 erst möglich gemacht hatte, konnten die Regierungen in Neu-Delhi dessen politische und wirtschaftliche Neuorientierung nach dem Militärputsch von 1975 nicht verhindern, die mit einer Abkehr von Indien einherging. 1987 entschloss sich die indische Regierung, im Bürgerkrieg in Sri Lanka zu vermitteln. Doch dies endete 1990 in einem politischen und militärischen Desaster.

Aufgrund der Liberalisierung rückten seit 1991 wirtschaftliche Fragen in den Mittelpunkt der indischen Außenpolitik, sowohl auf regionaler wie auf globaler Ebene. Die Mitte der neunziger Jahre nach dem damaligen Außen- und Premierminister benannte Gujral-Doktrin betonte im Unterschied zu früher das Prinzip der Nicht-Reziprozität. Das heißt, dass Indien nun gegenüber den schwächeren Nachbarstaaten politisch und ökonomisch zu einseitigen Zugeständnissen bereit war.[7] Südasien wurde nicht länger als Teil von Indiens nationaler Sicherheit, sondern als Teil seiner wirtschaftlichen Entwicklung gesehen. Die gestiegenen wirtschaftlichen Erwartungen schoben traditionelle Sicherheitsbelange beiseite, die Indiens Südasienpolitik bis dahin bestimmt hatten.

Vor dem Hintergrund der neuen wirtschaftlichen Bedeutung, die Indien nach seiner Liberalisierung im internationalen System gewonnen hatte, formulierte Premierminister Manmohan Singh in verschiedenen Reden die nach ihm benannte Manmohan-Doktrin. Die wirtschaftlichen Beziehungen rückten damit in den Mittelpunkt der Außenpolitik. Sie sollten helfen, die Armut zu verringern, die nationale Entwicklung zu forcieren, Indien mehr Gewicht im Dialog mit den Großmächten zu verleihen und die Beziehungen mit den Nachbarstaaten freundschaftlicher zu gestalten.[8]

Indien versteht sich zwar als größte Demokratie, sah darin jedoch lange Zeit kein öffentliches Gut. Die Förderung von Demokratie als außenpolitisches Mittel hat deshalb bislang nur eine untergeordnete Rolle gespielt und hing eher von den sicherheitspolitischen Interessen gegenüber den Nachbarstaaten ab.[9] So unterstützte Indien Anfang der achtziger Jahre tamilische Rebellengruppen in Sri Lanka gegen die demokratisch gewählte Regierung in Colombo. In Bangladesch arbeitete die indische Regierung nach dem Militärputsch 1975 mit den nachfolgenden Militärregimen zusammen. Einzig in Nepal gab es seit den fünfziger Jahren immer wieder Versuche, die demokratischen Parteien im Kampf gegen die Monarchie zu unterstützen. 2005 verhängte Neu-Delhi Sanktionen gegen die Monarchie, nachdem der König im Februar

6 Vgl. Devin T. Hagerty, »India's Regional Security Doctrine«, in: *Asian Survey*, 31 (April 1991) 4, S. 351–363.

7 Vgl. Inder Kumar Gujral, *A Foreign Policy for India*, o. O. 1998.

8 Vgl. Raja C. Mohan, »The Manmohan Doctrine«, in: *Daily Times*, 28.2.2005, <www.dailytimes.com.pk/default.asp?page=story_28-2-2005_pg3_5> (eingesehen am 13.7.2012); Sanjaya Baru, *India and the World – Economics and Politics of the Manmohan Singh Doctrine in Foreign Policy*, Singapur: Institute of South Asian Studies, National University of Singapore, 2008 (Working Paper Nr. 53).

9 Vgl. Christian Wagner, *Demokratieförderung und Außenpolitik in Indien*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, August 2009 (SWP-Studie 21/2009).

des Jahres die Regierung entlassen hatte. 2006 vermittelte Indien im Bürgerkrieg erfolgreich zwischen der Monarchie, den Parteien und den aufständischen Maoisten, bis schließlich der König abdankte und im April 2008 Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung stattfanden.

Nach der Demokratisierung in Bhutan und auf den Malediven verständigte sich die South Asian Association for Regional Cooperation (SAARC) 2009 auf eine Charter of Democracy, mit deren Hilfe demokratische Strukturen in Südasien gestärkt werden sollten.[10] Im Rahmen dieser Charter könnte sich Indien zukünftig auch für die Festigung der demokratischen Institutionen in den Nachbarstaaten einsetzen, was bisher aufgrund der schwierigen bilateralen Beziehungen nicht möglich war. Allerdings eröffnet der SAARC-Kontext nur wenig konkrete außenpolitische Handlungsoptionen, da strittige Themen ausgeklammert sind und nicht auf der Agenda auftauchen.

10 Vgl. SAARC, *Charter of Democracy*, <www.saarc-sec.org/SAARC-Charter-of-Democracy/88/> (eingesehen am 28.3.2012).

Regionalmachtambitionen, Nationsbildung und Chinas wachsender Einfluss

Die Nachbarstaaten haben Indiens Anspruch auf eine regionale Vormachtstellung stets zurückgewiesen. Das Scheitern der indischen Regionalmachtambitionen bis Ende der achtziger Jahre erklärt sich aus unterschiedlichen Faktoren. Erstens haben der »offensive Charakter« von Indira Gandhis Südasien-Doktrin und die damit verbundene Einmischung Indiens in die inneren Angelegenheiten der Nachbarstaaten die bilateralen Konflikte in der Region verschärft.[11] Damit eng verknüpft war zweitens die Bedeutung, die das Thema Indien im Prozess der Nationsbildung zum Teil bis heute in den Nachbarstaaten hat. In den nationalen Diskursen ist es nach wie vor konstitutiv für das eigene Verständnis nationaler Identität, sich von Indien abzugrenzen oder gar das »Feindbild Indien« zu betonen. Drittens haben die Nachbarstaaten immer wieder versucht, ihre Konflikte mit Indien zu internationalisieren, zum Beispiel durch die Einbeziehung internationaler Organisationen wie die Vereinten Nationen oder durch eine engere politische, wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit mit »externen« Großmächten wie China oder die USA. Nach dem verlorenen Grenzkrieg 1962 blieb Indiens Verhältnis zu China bis Ende der achtziger Jahre konfliktreich, so dass die chinesische Regierung auch aus eigenem Interesse Indiens Nachbarstaaten in Südasien unterstützte.

Politik

Pakistan

Die Gründung Pakistans auf der Grundlage der Religion sollte ein Gegenmodell zum säkular orientierten indischen Staat sein. Trotz zahlreicher innenpolitischer Auseinandersetzungen gab es in Pakistan lange Zeit einen parteiübergreifenden Konsens über die Gegnerschaft zu Indien, zum Beispiel aufgrund des Streits über die Zugehörigkeit Kaschmirs.[12] Dieser »unendliche Konflikt« hat jahrzehntelang die innenpolitische Vormacht des Militärs in Pakistan gefördert.[13] Die Armee wiederum bediente sich der wahrgenommenen Bedrohung durch Indien, um ihre Dominanz im Staat und den Zugriff auf seine Ressourcen zu legitimieren. Vom ersten Militärputsch 1958 bis zum Jahr 2008 haben die Streitkräfte das Land insgesamt 32 Jahre lang regiert, demokratisch gewählte Parteien nur 18 Jahre. Aber auch in dieser Zeit gelang es ihnen nicht, die Vorherrschaft der Streitkräfte dauerhaft zu brechen oder den Primat der Politik gegen die Armee durchzusetzen.[14]

Die demokratischen Regierungen haben in den neunziger Jahren immer wieder versucht, die Beziehungen zu Indien zu verbessern, scheiterten jedoch am Widerstand der Streitkräfte. Am augenfälligsten trat dies nach den indischen und pakistanischen Atomtests vom Mai 1998 zutage. Während der pakistanische Premierminister Nawaz Sharif und sein indischer Amtskollege Atal Bihari Vajpayee im Februar 1999 in Lahore eine gemeinsame Erklärung unterzeichneten, um die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen auszubauen, bereitete die Armeeführung unter General Pervez Musharraf eine Infiltration in Kaschmir vor. Diese löste im Frühsommer 1999 den sogenannten Kargil-Krieg aus, der die bilaterale Annäherung abrupt beendete.

Musharraf, der für diese militärische Eskalation verantwortlich gewesen war und sich Ende 1999 in Pakistan an die Macht geputscht hatte, betrieb nach dem indischen Gesprächsangebot ab Ende 2003 eine Politik der Annäherung, die 2004 zum Verbunddialog zwischen beiden Staaten führte. Militante islamistische Gruppen in Indien wie Lashkar-e-Toiba (LeT) versuchten den Dialog durch Attentate zu sabotieren. Diese Gruppen hatte der pakistanische Geheimdienst schon im Kampf gegen Indien in Kaschmir gefördert. Trotz der Annäherung Pakistans an Indien erhielten sie weiter Unterstützung aus Teilen des pakistanischen Sicherheitsapparates. Allerdings gab es in

11 Vgl. Partha S. Ghosh, *Cooperation and Conflict in South Asia*, Neu-Delhi 1989.
12 Vgl. Stephen P. Cohen, »The Nation and the State of Pakistan«, in: *The Washington Quarterly*, 25 (2002) 3, S. 109–122.
13 Vgl. Sumit Ganguly, *Conflict Unending. India-Pakistan Tensions since 1947*, New York 2002.
14 Vgl. Christian Wagner, *Brennpunkt Pakistan. Islamische Atommacht im 21. Jahrhundert*, Bonn 2012.

Pakistan auch eine Reihe moderater Gruppen und Parteien, die sich für mehr Zusammenarbeit mit Indien einsetzten. Die neue demokratische Regierung der Pakistan Peoples Party (PPP) machte sich nach 2008 weiter für bessere Beziehungen zu Indien stark. Die neue Armeeführung unter General Kayani betonte hingegen weiterhin die Bedrohung durch Indien. Als LeT im November 2008 einen verheerenden Anschlag in Mumbai verübt hatte, beendete die indische Regierung den Verbunddialog.

Pakistans Konflikt mit Indien bewirkte auch, dass Islamabad schon in den sechziger Jahren politisch, wirtschaftlich und militärisch intensiver mit Peking kooperierte. Zunächst war Pakistan eng mit den USA verbunden und erhielt umfangreiche wirtschaftliche und militärische Hilfe zur Eindämmung des Kommunismus. Die indisch-chinesischen Beziehungen verschlechterten sich ab Ende der fünfziger Jahre aufgrund des ungeklärten Grenzverlaufs im Himalaja. Nach dem kurzen Grenzkrieg im Oktober 1962, der mit einer empfindlichen Niederlage Indiens geendet hatte, intensivierten China und Pakistan ihre Beziehungen. 1963 schlossen beide ein Abkommen über die Grenzziehung im umstrittenen Kaschmir, Grundstein für das gute Verhältnis zwischen ihnen.

Trotz Islamabads bilateraler Bindung an Washington ist vermutlich China der wichtigere Partner für Pakistan. China gilt dort als »all weather friend« und die Qualität der beiderseitigen Beziehungen wird gerne mit der Metapher »höher als der Himalaja und tiefer als der Ozean« beschrieben.[15] China ist einer der bedeutendsten Wirtschafts- und Militärpartner Pakistans. Es förderte das pakistanische Nuklearprogramm und investierte in zahlreiche Infrastrukturprojekte, wie den Ausbau des Hafens in Gwadar am Indischen Ozean. Die Wertschätzung, die Islamabad Peking entgegenbringt, lässt sich auch an der Zahl der Staatsbesuche ablesen. Zwischen 2008 und 2010 reiste Präsident Zardari fünfmal nach China und unterzeichnete dabei mehr als 60 Abkommen.[16]

Allerdings spielt Pakistan im chinesischen Kalkül mittlerweile wohl eine geringere Rolle als Indien. Zwar realisiert China mit Pakistan gemeinsame Infrastrukturprojekte im pakistanischen Teil Kaschmirs, der von Indien beansprucht wird. Doch unterstützt die chinesische Regierung angesichts der Probleme in Tibet nicht die Forderung Pakistans nach einem Referendum oder nach größerer Selbstbestimmung in Kaschmir.[17] Zudem steht China den islamistischen Bewegungen unter der uighurischen Minderheit in Xinjiang kritisch gegenüber, die von islamischen Gruppen in Pakistan unterstützt werden.[18] Diese Verbindungen belasten das bilaterale Verhältnis ebenso wie Angriffe auf chinesische Fachkräfte in Pakistan.

Sri Lanka

In Sri Lanka war der Prozess der Nationsbildung ebenfalls eng mit den Beziehungen zu Indien verbunden. Unmittelbar nach der Unabhängigkeit 1948 bürgerte die srilankische Regierung die sogenannten indischen Tamilen aus, die während der Kolonialherrschaft aus Südindien eingewandert waren, um auf Plantagen zu arbeiten. Aufgrund ihrer großen Zahl hätten sie unter den Bedingungen des allgemeinen Wahlrechts die traditionelle Vorherrschaft der singhalesischen Elite in Frage stellen können. Die anschließenden Verhandlungen über die Repatriierung der indischen Tamilen entwickelten sich zu einem ständigen Streitpunkt zwischen beiden Staaten, der erst in den achtziger Jahren aus der Welt geschafft werden konnte.

Der Konflikt zwischen der singhalesischen Mehrheit und der Minderheit der srilankischen Tamilen eskalierte in den siebziger Jahren. In den fünfziger und sechziger Jahren waren Abkommen zwischen der singhalesischen Regierung und den tamilischen Parteien über eine größere regionale Autonomie am Widerstand buddhistisch-nationalistischer Gruppen gescheitert. Für sie war Sri Lanka das geheiligte Land des Buddhismus. In föderalen Zugeständnissen an die Tamilen sahen sie den Beginn einer Teilung des Landes.[19]

Indien schaltete sich Ende der siebziger Jahre in den Konflikt ein und unterstützte militante tamilische Gruppen in ihrem Kampf gegen die gewählte Regierung in Colombo.[20] Im Sommer 1987 unterzeichneten

15 Vgl. auch Nasim Siddiqi, »Our Common Friend«, in: *Nawa-i-Waqt*, 3.1.2011.

16 Vgl. Rashid Ahmad Khan, »New Paradigm of Pak-China Relations«, in: *Daily Times*, 23.7.2010.

17 Vgl. Ye Hailin, »China-Pakistan Relationship: All-Weathers, but Maybe Not All-Dimensional«, in: Kristina Zetterlund (Hg.), *Pakistan – Consequences of Deteriorating Security in Afghanistan*, Stockholm 2009, S. 122–124.

18 Vgl. Zia Ur Rehman, »China Concerned about Uyghur Rebels Operating in Pakistan«, in: *The Friday Times*, 8.–14.6. 2012, S. 5f.

19 Vgl. Jakob Rösel, *Die Gestalt und Entstehung des Singhalesischen Nationalismus*, Berlin 1996.

20 Vgl. S. D. Muni, *Pangs of Proximity*, Oslo u.a. 1993.

beide Staaten ein Abkommen, das Indien eine umfassende Vermittlerrolle im Bürgerkrieg zuwies. Neben einer politischen und administrativen Reform wurden erstmals indische Friedenstruppen (Indian Peace Keeping Forces, IPKF) ohne ein Mandat der Vereinten Nationen (VN) in einem anderen Staat stationiert. Sie sollten die Entwaffnung der tamilischen Rebellen einleiten. Doch nach wenigen Wochen kündigten die Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) die Übereinkunft auf und verwickelten die IPKF in schwere Kämpfe.

Als Antwort auf die Stationierung der IPKF entfachte zudem die buddhistisch-nationalistische Volksbefreiungsfront (Janatha Vimukthi Peramuna, JVP) im singhalesischen Süden einen blutigen Aufstand gegen die Regierung und die Präsenz indischer Truppen im Land. Die Rebellion forderte mehrere tausend Tote und wurde gewaltsam niedergeschlagen. Die neue Regierung von Präsident Premadasa verlangte 1989 angesichts der Gewalt im Süden einen Abzug der indischen Truppen und erzielte mit der LTTE eine Einstellung der Kampfhandlungen. Damit war der indische Vermittlungsversuch gescheitert. Im Frühjahr 1990 verließen die letzten Truppen der IPKF das Land, ohne dass der Bürgerkrieg einer friedlichen Lösung näher gekommen wäre. Ebenfalls als Reaktion auf die indische Truppenstationierung ermordeten tamilische Selbstmordattentäter der LTTE im Frühjahr 1991 den indischen Premierminister Rajiv Gandhi in Südindien.

Im Zuge der Neuorientierung seiner Südasienpolitik und der Gujral-Doktrin (siehe oben) setzte Indien in den neunziger Jahren auf den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen mit Sri Lanka, wohingegen der anhaltende Bürgerkrieg kaum noch eine Rolle in den bilateralen Beziehungen spielte. Indien schränkte die Aktivitäten der LTTE in Südindien ein, indem es mit der srilankischen Marine zusammenarbeitete, um den Nachschub der LTTE zu blockieren. Von den offiziellen politischen Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien und den Vermittlungsbemühungen Norwegens hielt es sich jedoch fern.[21] Neben Indien unterstützten China, Pakistan, die USA und andere Staaten die srilankische Regierung militärisch in ihrem Kampf gegen die LTTE.

China hat in den letzten Jahren auch seine Beziehungen zu Sri Lanka beträchtlich ausgebaut. Zwischen 2006 und 2008 verfünffachte sich die chinesische Entwicklungshilfe an Sri Lanka, so dass Japan seinen traditionellen Spitzenplatz als wichtigster Geber verlor. 2007 schlossen Peking und Colombo ein Abkommen über den Ausbau des Hafens in Hambantota an der Südküste Sri Lankas.[22] Darüber hinaus investiert China unter anderem in ein Kohlekraftwerk sowie in die Entwicklung einer Sonderwirtschaftszone und hat Ölförderrechte im Golf von Mannar erhalten.[23] Indien ist aufgrund seiner langjährigen Beziehungen in Sri Lanka wirtschaftlich ebenfalls sehr aktiv, zum Beispiel bei der Ölexploration im Golf von Mannar. Wegen innenpolitischer Vorbehalte gegenüber einem zu starken ökonomischen Engagement Indiens hat die srilankische Regierung die Angebote Chinas gerne angenommen, zumal sich die Beziehungen mit der westlichen Gebergemeinschaft verschlechtert haben, seit Präsident Rajapakse 2010 wiedergewählt wurde.

Ursache waren die massiven Einschränkungen der Pressefreiheit während des Bürgerkriegs und die Weigerung der Regierung, mit einer Kommission der VN zusammenzuarbeiten, um Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen in der Endphase des Bürgerkriegs 2009 aufzuklären.[24] Die srilankische Regierung lehnt eine internationale Untersuchung der Vorwürfe ab, die auch die Streitkräfte schwer belasten.

Nach der militärischen Niederlage der LTTE im Frühjahr 2009 mahnte Indien weiter eine politische Lösung des Konflikts an. Tamilische Parteien in Südindien, die an der Regierungskoalition in Delhi beteiligt sind, übten so großen innenpolitischen Druck aus, dass die indische Regierung im März 2012 im Menschenrechtsrat der VN erstmals mit den westlichen Staaten gegen die srilankische Regierung stimmte.[25] China hingegen wies die Resolution der westlichen Staaten zurück, unterstützte Sri Lanka und konnte damit seinen politischen Einfluss auf Colombo vergrößern.

Sri Lanka könnte sich zu einem Konfliktherd zwischen Indien und China entwickeln, wenn es den südindischen tamilischen Parteien, die in der indi-

21 Sandra Destradi, *Indian Foreign and Security Policy in South Asia. Regional Power Strategies*, London/New York 2012, S. 75.

22 Vgl. B. Muralidhar Reddy, »China, Sri Lanka Ink Deal to Develop Hambantota«, in: *The Hindu*, 5.3.2007.

23 Vgl. R. S. Vasan, *Indo Sri Lanka Maritime Issues: Challenges and Responses*, South Asia Analysis Group (SAAG), 29.4.2010 (Paper Nr. 3787), <www.southasiaanalysis.org/%5Cpapers38%5Cpaper3787.html> (eingesehen am 24.4.2012); Ananth Krishnan, »China to Step Up Role in Sri Lanka Projects«, in: *The Hindu*, 11.8.2011.

24 Vgl. *Report of the Secretary-General's Panel of Experts on Accountability in Sri Lanka*, New York: United Nations, 31.3.2011, <www.un.org/News/dh/infocus/Sri_Lanka/POE_Report_Full.pdf> (eingesehen am 6.6.2011).

25 Vgl. »India Votes for Resolution against Sri Lanka«, in: *The Hindu*, 23.3.2012.

schen Zentralregierung sitzen, gelingt, die Tamilenfrage in Sri Lanka wieder auf die außenpolitische Agenda zu bringen. Dort wird dies auf den Widerstand der buddhistisch-nationalistischen Gruppen unter den Singhalesen treffen. Deren Parteien könnten sich dann an China wenden, um eine erneute Einmischung Indiens in den Konflikt zu erschweren.

Bangladesch

Die Diskussion über die nationale Identität war nach der »doppelten« Unabhängigkeit Bangladeschs – 1947 als Ostpakistan auf der Grundlage der Religion, 1971 als eigener Staat auf der Grundlage der ethnischen Identität – in hohem Maße vom Verhältnis zu Indien bestimmt. Indiens militärische Intervention in den Bürgerkrieg in Ostpakistan hatte zur Folge, dass im Winter 1971 der neue Staat Bangladesch gegründet wurde.[26] Die Regierung der Awami-Liga (AL), die bereits während des Bürgerkriegs Zuflucht und Unterstützung in Indien gefunden hatte, orientierte sich zunächst am großen Nachbarn und erhielt umfangreiche wirtschaftliche Hilfe für den Wiederaufbau. Staatsgründer Mujibur Rahman bemühte sich aber rasch, nicht allzu abhängig von Indien zu werden.[27] Er formulierte Grundzüge eines eigenen Bengali-Nationalismus, der das gemeinsame kulturelle Erbe mit Indien einschloss.

Nach dem Militärputsch von 1975 und Rahmans Ermordung veränderten sich auch die Beziehungen zu Indien. Die nachfolgenden Militärregierungen unter Ziaur Rahman und Hossain Mohammad Ershad leiteten eine innen- und außenpolitische Neuorientierung ein. Sie wollten die enge Bindung an Indien lockern und die nationale Eigenständigkeit stärker hervorheben. Auch wirtschaftlich beschritten sie neue Wege, um die Abhängigkeit von Indien zu vermindern. In der Folge bauten die Militärregierungen ihre Beziehungen zu den westlichen Industriestaaten, China und den Golfstaaten aus.

Die 1978 von General Ziaur Rahman gegründete Bangladesh Nationalist Party (BNP) propagierte einen Bangladeschi-Nationalismus, der die Rolle des Islam in den Vordergrund stellte und ein Gegenmodell zum Bengali-Nationalismus der AL bildete.[28] Dieser betonte nämlich die gemeinsamen kulturellen Traditionen der Bengalen in Bangladesch und Indien und rückte die säkularen Traditionen des Landes ins Blickfeld. Damit folgte er – direkt oder indirekt – dem indischen Muster.[29] Der von den Militärs geförderte Bangladeschi-Nationalismus hinterließ deutliche Spuren in der innen- und außenpolitischen Entwicklung. 1977 wurde der Islam erstmals in die Verfassung aufgenommen, was auch verfassungsrechtlich den Bruch mit dem einstigen indischen Vorbild unterstrich. Die parteipolitische Auseinandersetzung zwischen den beiden größten Parteien, der AL und der BNP, ist bis heute von Fragen der Nationsbildung und des Verhältnisses zu Indien durchdrungen.[30]

Nepal

Aspekte nationaler Identität hängen auch in Nepal nach wie vor direkt mit dem Verhältnis zu Indien zusammen.[31] Aufgrund der geographischen Lage des Königreichs im Himalaja betrieb Indien nach 1947 eine enge politische, wirtschaftliche und militärische Kooperation und setzte seine Interessen mit Hilfe einseitiger Handels- und Wirtschaftsverträge sowie geheimer Absprachen mit der Monarchie durch.[32] Das Verhältnis zu Indien blieb auch nach dem Übergang zur Demokratie 1990/91 ein zentrales innenpolitisches Thema. Einerseits hatten eine Reihe nepalesischer Politiker im indischen Exil Unterstützung in ihrem Kampf gegen die Monarchie erhalten. Andererseits fürchteten viele Politiker die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von Indien und wollten deshalb die Beziehungen zu China ausbauen. Die große Bedeu-

26 Vgl. Richard Sisson/Leo E. Rose, *War and Secession. Pakistan, India, and the Creation of Bangladesh*, Oxford/New York: Oxford University Press, 1990.
27 Jyotindra Nath Dixit, *Liberation and Beyond. Indo-Bangladesh Relations*, Neu-Delhi 1999, S. 136.
28 Vgl. Talukder Maniruzzaman, »Bangladesh in 1976: Struggle for Survival as an Independent State«, in: *Asian Survey*, 17 (Februar 1977) 2, S. 191–200.
29 Vgl. Craig Baxter, *Bangladesh. From a Nation to a State*, Boulder, Col.: Westview Press, 1997, S. 61–82; Partha S. Ghosh, »Bangladesh at the Crossroads. Religion and Politics«, in: *Asian Survey*, 33 (Juli 1993) 7, S. 697–710.
30 Zur gegenwärtigen Debatte vgl. Julfikar Ali Manik/Rakib Ahammed, »Democracy Dealt Havoc«, in: *The Daily Star*, 30.12.2010, <www.thedailystar.net/newDesign/news-details.php?nid=168084> (eingesehen am 21.2.2011); »SC: It's ›Bangladeshi Nationalism‹«, *bdnews24.com*, <www.bdnews24.com/details.php?cid=2&id=169168> (eingesehen am 21.2.2011).
31 Vgl. Karl-Heinz Krämer, *Ethnizität und nationale Integration in Nepal. Eine Untersuchung zur Politisierung der ethnischen Gruppen im modernen Nepal*, Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 1996.
32 Vgl. S. D. Muni, *Foreign Policy of Nepal*, Delhi 1973.

tung Indiens für Nepal zeigte sich an unterschiedlichen Punkten. So definierte die Verfassung von 1991 Nepal als hinduistischen Staat, was die kulturelle Affinität mit Indien hervorhob. Die Verfassung sah auch eine Mitsprache des Parlaments bei internationalen Verträgen vor, um den Ausverkauf nationaler Ressourcen zu verhindern. Dies richtete sich vor allem gegen Indien, das bis dahin durch Abmachungen und Geheimverträge mit der Monarchie Zugriff auf Nepals Bodenschätze erhalten hatte.

Der nepalesische Bürgerkrieg von 1996 bis 2006 war auch für Indien besorgniserregend, weil die maoistischen Rebellen enge Kontakte zu maoistischen Gruppen in Indien unterhielten und dort ihre Rückzugsgebiete hatten. In dem Konflikt zwischen Monarchie, politischen Parteien und maoistischen Aufständischen gelang Indien eine erfolgreiche Vermittlung, die nach dem Waffenstillstand zur Abdankung der Monarchie 2007 und zu den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung 2008 führte.[33] Stärkste Partei wurden die Maoisten. In der Auseinandersetzung zwischen ihren Parteiflügeln ist die Frage nach dem künftigen Verhältnis zu Indien weiterhin eine der zentralen Konfliktlinien. Obwohl Nepal wegen der offenen Grenze und der wirtschaftlichen Abhängigkeit nur über wenig außenpolitischen Handlungsspielraum verfügt, wurden nicht nur innerhalb und zwischen den Parteien, sondern auch bei den Maoisten Stimmen laut, die Indiens Engagement in Nepal kritisch sehen und eine stärkere Zusammenarbeit mit China propagieren.[34]

Handel

Südasien gilt als eine der Regionen mit der schwächsten wirtschaftlichen Zusammenarbeit unter ihren Ländern. Das liegt zum einen an den erwähnten Konflikten und zum anderen an der geringen wirtschaftlichen Komplementarität zwischen Indien und seinen Nachbarn. Die südasiatischen Volkswirtschaften exportieren vornehmlich in die entwickelten Märkte Ostasiens, Europas und Nordamerikas, nicht in Länder im Umfeld. Der intraregionale Handel in der SAARC liegt bei lediglich fünf Prozent. Ausnahmen bilden Länder wie Nepal und Bhutan, die wegen der geographischen Gegebenheiten ihren Handel fast ausschließlich über Indien abwickeln müssen.

Im Zuge seiner wirtschaftlichen Liberalisierung seit den neunziger Jahren richtet Indien sein Augenmerk zunehmend auf den Ausbau des regionalen Handels. Gemeinsam mit Sri Lanka befürwortete Indien eine Stärkung der regionalen Zusammenarbeit. Sichtbarer Ausdruck dieses Bestrebens war 1996 die Gründung der südasiatischen Freihandelszone SAFTA (SAARC Free Trade Arrangement). Weil es aber weiterhin nationale Restriktionen gibt, brachte SAFTA zwar eine Verbesserung, aber keinen nachhaltigen Schub im südasiatischen Handel.

Am erfolgreichsten waren die Bemühungen mit Sri Lanka. 1998 unterzeichneten beide Staaten ein Freihandelsabkommen, von dem vor allem Sri Lanka profitiert. Mit Nepal und Bangladesch handelt Indien derzeit ähnliche Vereinbarungen aus. Beim SAARC-Gipfel in Neu-Delhi 2007 machte Indien den ärmeren Nachbarstaaten eine Reihe unilateraler Konzessionen, um den Handel zu intensivieren. Inzwischen unterhält es bilaterale Handelsabkommen mit allen SAARC-Mitgliedstaaten – außer mit Pakistan.[35]

Der Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen mit Pakistan scheitert immer wieder an den Widerständen dort. Während Indien vor dem Anschlag in Mumbai 2008 durchaus interessiert war, den Handel auszuweiten, herrschte in Pakistan die Meinung vor, dass dies erst dann in Frage käme, wenn die Kaschmirfrage gelöst sei. Der offizielle Handel zwischen beiden Staaten ist kaum der Rede wert, dafür ist ein ausgeprägter Schmuggel beziehungsweise Handel über Drittstaaten (vor allem in der Golfregion) zu verzeichnen. Im Frühjahr 2012 jedoch beschloss die pakistanische Regierung, Indien ab 2013 die Meistbegünstigung in der Welthandelsorganisation (World Trade Organization, WTO) zu gewähren. Damit hat Islamabad eine Neuorientierung vorgenommen, die trotz des ungeklärten Kaschmirproblems erstmals eine Politik des »Wandels durch Handel« gestattet.[36]

Der Vergleich der Importe aus Indien und China und der Anteil beider Staaten am Gesamthandelsvolumen (Tabellen 1 und 2) zeigt zunächst das erwartete Bild im Hinblick auf Länder wie Nepal und Pakistan und ihre engen wirtschaftlichen Beziehungen mit Indien respektive China.

33 Vgl. Destradi, *Indian Foreign Policy and Security Policy in South Asia* [wie Fn. 21], S. 106–128.

34 Vgl. Prashant Jha, »India at It Again, Say Maoists«, in: *The Hindu*, 10.8.2010; ders., »Nepal's Maoist Leader Fires a Salvo at His Own Party Government«, in: *The Hindu*, 27.3.2012.

35 Vgl. *Key Asian Indicators: Book of Charts*, Washington, D.C.: The Heritage Foundation, Asian Studies Center, 2012, S. 11.

36 Vgl. Christian Wagner, *Wandel durch Handel. Eine neue Phase der Annäherung zwischen Indien und Pakistan*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, April 2012 (SWP-Aktuell 19/2012).

Tabelle 1
Importe südasiatischer Länder aus China und Indien (in Millionen US-Dollar)

Länder in Südasien	*Importe aus China*			*Importe aus Indien*		
	1995	2000	2008	1995	2000	2008
Bangladesch	600,6	667,5	3511,4	994,1	945,4	3498,2
Nepal	58,7	120,8	412,0	117,8	574,2	1697,7
Pakistan	505,9	537,9	6590,6	80,6	177,6	1704,3
Sri Lanka	161,0	251,1	1786,9	469,0	600,1	2731,9

Quelle: International Monetary Fund (IMF), *Direction of Trade Statistics*, Dezember 2009.

Tabelle 2
Anteil Chinas und Indiens am Gesamthandelsvolumen südasiatischer Länder (in Prozent)

Länder in Südasien	*Anteil Chinas*			*Anteil Indiens*		
	1995	2000	2008	1995	2000	2008
Bangladesch	6,43	4,64	9,63	10,70	6,82	10,19
Nepal	5,40	5,27	10,59	13,09	38,47	55,15
Pakistan	3,21	3,95	11,08	0,61	1,20	2,98
Sri Lanka	1,98	2,11	8,02	6,05	5,42	13,57

Quelle: IMF, *Direction of Trade Statistics*, Dezember 2009.

Indiens Handelsabkommen mit Nepal in Verbindung mit den geographischen und politischen Gegebenheiten, etwa der offenen Grenze zwischen beiden Staaten, erklärt die hohe wirtschaftliche Abhängigkeit des Himalajastaates. Bei den indischen Einfuhren nach Pakistan fällt die große Steigerung zwischen 2000 und 2008 auf. Diese ist auf die guten bilateralen Beziehungen in der Zeit von 2004 bis 2008 zurückzuführen, die auch für mehr wirtschaftlichen Austausch sorgten. Was die Importe in Bangladesch betrifft, hat China mittlerweile Indien überflügelt. Daran lässt sich das deutlich gestiegene Engagement Chinas in der Region ablesen, das auch in Sri Lanka zu beobachten ist. Zwar ist Indien weiterhin das wichtigste Importland für Sri Lanka, doch weist China seit Mitte der neunziger Jahre große Zuwachsraten auf, die aus den verbesserten bilateralen Beziehungen resultieren. Indien verliert im Vergleich zu China an Boden.

Sicherheit

Aufgrund der zahllosen bilateralen Konflikte spielte Indien für die Nachbarstaaten in Südasien lange Zeit kaum eine Rolle in sicherheits- und rüstungspolitischen Fragen. Im Gegenteil, Indiens Nachbarn waren bemüht, ihre Konflikte zu internationalisieren, zum Beispiel durch eine enge militärpolitische Zusammenarbeit mit externen Großmächten wie China oder den USA. Der Vergleich der Rüstungsimporte von China und Indien in die vier Staaten Südasiens ergibt deshalb ein eindeutiges Bild (siehe Tabelle 3, folgende Seite).

Anders als Indien gilt China als verlässlicher rüstungspolitischer Partner. In den letzten Jahren hat es seine Position in Indiens Nachbarstaaten gestärkt, indem es in Hafenanlagen investierte, so in Gwadar (Pakistan), Hambantota (Sri Lanka) und Chittagong (Bangladesch). Diese Unterstützung nährte in Indiens militärischen Zirkeln die Furcht vor einer chinesischen Einkreisung.[37] Peking hingegen betont vor allem die wirtschaftliche Notwendigkeit. Präsident Hu Jintao hat auf das »Malakka-Problem« hingewiesen, nämlich dass chinesische Energieeinfuhren von der Situation in der Straße von Malakka abhängig sind.[38]

37 Vgl. Vikas Bajaj, »2 Rising Powers Bump in South Asia«, in: *International Herald Tribune*, 17.2.2010, S. 1; D. S. Rajan, *China and South Asia – An Indian Perspective*, SAAG, 25.1.2011 (Analysis Paper Nr. 4294), <www.southasiaanalysis.org/%5Cpapers43%5Cpaper4294.html> (eingesehen am 13.7.2012).
38 Vgl. Dean Cheng, *China's View of South Asia and the Indian Ocean*, Washington, D.C.: The Heritage Foundation, 31.8.2010 (Heritage Lectures, Nr. 1163), S. 9, <http://thf_media.s3.amazonaws.com/2010/pdf/hl1163.pdf>.

Tabelle 3
Waffenimporte südasiatischer Länder aus China und Indien (in Millionen US-Dollar)

Länder in Südasien	*Importe aus China*			*Importe aus Indien*		
	1995	2000	2008	1995	2000	2008
Bangladesch	8	9	10	–	–	–
Nepal	–	–	–	–	–	–
Pakistan	262	64	164	–	–	–
Sri Lanka	10	32	75	–	16	–

Quelle: Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), *SIPRI Arms Transfers Database*, <www.sipri.org/databases/armstransfers> (eingesehen am 2.12.2009).

Seit 2001 hat China sich am Ausbau des Hafens in Gwadar beteiligt. Von dort aus soll eine schnellere Versorgung seiner westlichen Landesteile via Pakistan gewährleistet werden. Mit Investitionen in Hafenanlagen und Infrastruktur süd- und südostasiatischer Staaten will China seine Importwege diversifizieren. Sicherheitspolitischen »Falken« in Indien dagegen gilt Gwadar als »Glied in der Perlenkette« (string of pearls) chinesischer Stützpunkte, mit denen China seine Vormacht im Indischen Ozean ausweiten wolle. Gwadar liegt nur rund 70 Kilometer von der iranischen Grenze entfernt und ermöglicht China damit auch eine stärkere Präsenz im Arabischen Meer und in der Straße von Hormuz, durch die 40 Prozent des weltweit per Schiff beförderten Öls transportiert werden.

Seit Bangladesch sich nach dem Militärputsch von 1975 wirtschaftlich und politisch von Indien abwandte, hat es seine Beziehungen zu den westlichen Industriestaaten und zu China erheblich erweitert. Peking hat der Regierung in Dhaka angeboten, den größten Hafen des Landes in Chittagong in den nächsten Jahren auszubauen. Zudem soll eine Eisenbahnstrecke durch Myanmar Chittagong direkt mit der chinesischen Provinz Yunnan verbinden.[39]

Bei Rüstungsimporten und Investitionen in strategische Infrastruktur wie Hafenanlagen liegt Indien zwar deutlich hinter China, doch hat die indische Regierung in anderer Hinsicht sicherheitspolitisch aufgeholt. Im Kampf gegen militante Aufstandsbewegungen und terroristische Gruppen ist eine wachsende Zusammenarbeit zwischen Indien und den Nachbarstaaten (außer Pakistan) zu beobachten. Wie erfolgreich diese Kooperation war, hing überwiegend von den jeweiligen innenpolitischen Regierungskonstellationen in den Nachbarstaaten ab. Mit Bhutan und Myanmar hat Indien militärische Operationen gegen militante Gruppen aus dem Nordosten Indiens gestartet, die ihre Rückzugsgebiete in den beiden Nachbarstaaten hatten. Neu-Delhi hat darüber hinaus Colombo seit den neunziger Jahren im Kampf gegen die tamilischen Rebellen unterstützt und deren Nachschubrouten eingeschränkt. Als besonders schwierig erwies sich die Zusammenarbeit mit der Regierung der Bangladesh Nationalist Party (BNP) in Dhaka, die eine Koalition mit islamistischen Parteien bildete. Indien wollte massiver gegen militante islamistische und ethno-nationalistische Gruppen mit Rückzugsgebieten in Bangladesch vorgehen. Erst nach dem Wahlsieg der traditionell indienfreundlichen Awami-Liga 2008 hat sich die sicherheitspolitische Kooperation mit Bangladesch deutlich verbessert.

2006 verständigten sich Indien und Pakistan während ihres Verbunddialogs auf einen gemeinsamen Mechanismus gegen den Terrorismus. Nach dem Anschlag in Mumbai im November 2008 hätte sich erstmals fast eine Zusammenarbeit im Antiterrorkampf ergeben. Der Vorschlag stand im Raum, dass der Chef des pakistanischen Geheimdienstes ISI nach Delhi fahren sollte, um über ein gemeinsames Vorgehen zu beraten. Das scheiterte damals aber an innenpolitischen Widerständen in Pakistan. Doch im Zuge der Annäherung beider Staaten vereinbarten die Außenminister bei ihrem Treffen im Juli 2011 erneut eine engere Kooperation zur Bekämpfung des Terrorismus.[40]

39 Vgl. Rajat Pandit, »China Eyes Rail Link to Chittagong«, in: *The Times of India*, 18.9.2010.

40 Vgl. *Joint Statement Following Meeting between the S. M. Krishna, Minister of External Affairs of India, and Hina Rabbani Khar, Minister of Foreign Affairs of Pakistan*, 27.7.2011, <http://www.pakistanembassy.de/index.php?id =201> (eingesehen am 7.11.2011).

Die Grenzen für Indiens Rolle als Regionalmacht

Zweifellos ist Indien der mächtigste wirtschaftliche, militärische und politische Akteur in Südasien. Es hat in der Vergangenheit die gesamte Palette außenpolitischer Instrumente genutzt, um seine Interessen gegenüber den Nachbarn durchzusetzen. Es hat Kriege geführt und gewonnen, militante Gruppen gegen autoritäre und demokratische Regierungen unterstützt, Handelssanktionen und Grenzblockaden verhängt, Geheimabkommen unterzeichnet, einseitige wirtschaftliche und politische Zugeständnisse gemacht, Entwicklungshilfe geleistet und in Bürgerkriegen vermittelt.

Trotz seiner überlegenen wirtschaftlichen und militärischen Ressourcen aber konnte Indien seinen außenpolitischen Interessen nur selten Geltung verschaffen und sich nicht als Regionalmacht etablieren. Die Versuche unter Nehru und Indira Gandhi, die Region als Teil der nationalen Sicherheit Indiens zu sehen und die außenpolitischen Interessen des Landes durch Interventionen zu sichern, erwiesen sich in zweifacher Weise als kontraproduktiv. Erstens verhinderte die Nationsbildung in den Nachbarstaaten, dass diese sich außenpolitisch an Indien anlehnten. Diese Prozesse drehten sich um Eigenständigkeit und die Abgrenzung gegenüber dem übermächtigen Nachbarn, das Thema Indien war also Gegenstand zentraler innenpolitischer Auseinandersetzungen. Zweitens gingen alle vier Nachbarstaaten dazu über, ihre bilateralen Konflikte mit Indien zu internationalisieren, indem sie andere Großmächte einbezogen, vor allem China. Im Falle Pakistans war dies am stärksten ausgeprägt, aber auch Nepal und Bangladesch haben immer wieder solche Strategien verfolgt. Sri Lanka hat seine Beziehungen zu China in den letzten Jahren ebenfalls sichtlich verbessert. Jede der südasiatischen Regierungen hat in der Vergangenheit schon mindestens einmal die »China-Karte« gegen Indien gespielt.

Im Zuge der wirtschaftlichen Liberalisierung seit 1991 fährt Indien mit der Gujral- und der Manmohan-Doktrin einen anderen Kurs gegenüber den Nachbarstaaten als früher. Der Schwerpunkt liegt auf der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Bereitstellung öffentlicher Güter. Zu Letzteren zählt die Schaffung eines gemeinsamen Marktes durch mehr intraregionalen Handel ebenso wie die Festigung demokratischer Regierungsformen.

Anders als Indien befindet sich China in einer recht komfortablen Position. Keine chinesische Regierung hat bisher den Anspruch formuliert, dass China als Regionalmacht oder regionale Ordnungsmacht in Südasien in Erscheinung treten wolle.[41] Im Vergleich mit Indien zeigt sich, dass China in Bereichen wie Politik, Handel und Sicherheit über etliche Vorteile verfügt. Außer mit Indien gibt es keine gravierenden bilateralen Konflikte mit den Staaten Südasiens. Die chinesischen Interessen in der Region orientieren sich an der ökonomischen Entwicklung vor allem in innenpolitischen Konfliktherden wie Xinjiang und Tibet.[42] Wirtschaftlich hat China seit den neunziger Jahren deutlich zugelegt. Angesichts seiner größeren Attraktivität und höheren Ressourcen ist davon auszugehen, dass China als Handels- und Investitionspartner weiter an Einfluss gegenüber Indien gewinnen wird. Im Bereich Sicherheit zeigt sich bei der rüstungspolitischen Zusammenarbeit ein deutlicher Vorteil für China. Allerdings hat Indien in den letzten Jahren durch gemeinsame Antiterroroperationen gegen verschiedene militante Gruppen als Partner für die Nachbarstaaten wieder an Bedeutung gewonnen.

Chinas wachsender Einfluss in Südasien bedeutet aber nicht, dass das Land nun selbst Regionalmachtambitionen entfaltet. China setzt auf bilaterale Beziehungen zu den Staaten der Region einschließlich Indien, verfolgt seine nationalen Interessen und hat nicht den Anspruch, regionale öffentliche Güter bereitzustellen. Umstritten wird bleiben, ob Chinas forcierte Betätigung in der Region eine gezielte Strategie zur »Einkreisung« und damit zur Eindämmung Indiens ist oder nur ein Instrument, um Chinas wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Auf jeden Fall aber steckt das chinesische Engagement den indischen

41 Vgl. Zhang Li, *To Manage Conflict in South Asia: China's Stakes, Perceptions and Inputs*, Stockholm: Institute for Security and Development Policy, Oktober 2009 (Asia Paper), <www.isdp.eu/images/stories/isdp-main-pdf/2009_li_to-manage-conflict-in-south-asia.pdf>. China hat seit 2005 einen Beobachterstatus in der SAARC.

42 Vgl. Cheng, *China's View of South Asia and the Indian Ocean* [wie Fn. 38].

Regionalmachtambitionen enge Grenzen, denn für die ökonomische Entwicklung der Nachbarstaaten ist China und nicht Indien der attraktivere Partner.

Abkürzungsverzeichnis

AL	Awami-Liga (Bangladesch)
BNP	Bangladesh Nationalist Party
IMF	International Monetary Fund (siehe IWF)
IPKF	Indian Peace Keeping Forces
IWF	Internationaler Währungsfonds (siehe IMF)
JVP	Janatha Vimukthi Peramuna (Sri Lanka)
LeT	Lashkar-e-Toiba
LTTE	Liberation Tigers of Tamil Eelam
PPP	Pakistan Peoples Party
SAARC	South Asian Association for Regional Cooperation
SAFTA	SAARC Free Trade Arrangement
VN	Vereinte Nationen
WTO	World Trade Organization